

STRATEGIE 2023 – 2028

Unser Beitrag zu einer global gerechten sozial-ökologischen Transformation

Die Gegenwart ist geprägt von einer wachsenden Zahl globaler Herausforderungen, die sich immer mehr zu einer komplexen Krisensituation zuspitzen. Zu diesen zählen Armut, Hunger, zunehmende soziale Ungleichheit, mangelnde Geschlechtergerechtigkeit, fehlende Inklusion und strukturelle Diskriminierung. Pandemien und Gesundheitskrisen, bewaffnete Konflikte, die Klimakrise und fortschreitende Zerstörung unseres Planeten sowie die daraus resultierenden Fluchtbewegungen gehören ebenfalls dazu. Alle diese Krisen müssen gleichzeitig und unter wachsendem Zeitdruck bearbeitet werden und erfordern ganzheitliche und tiefgreifende Lösungen.

Dazu bedarf es dringend einer Kehrtwende im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handeln hin zu einer global gerechten sozial-ökologischen Transformation. Der globalen Zivilgesellschaft kommt bei der konkreten Ausgestaltung der notwendigen Veränderungsprozesse eine zentrale Rolle zu. Der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) repräsentiert dabei entwicklungspolitische und humanitäre zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland gegenüber Politik, Medien und Gesellschaft. Eine Vielzahl von aktiven Mitgliedsorganisationen engagiert sich im Vorstand, in den Arbeitsgruppen und in internationalen Netzwerken. Gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen im Globalen Süden und der VENRO-Geschäftsstelle tragen sie maßgeblich zum Erfolg von VENRO bei.

VENRO vertritt ein intersektionales, postkoloniales und feministisches Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe, welches

strukturelle Ungleichheiten und bestehende Machtverhältnisse kritisch hinterfragt und benennt, dass eine sozial-ökologische Transformation nur in einem gemeinsamen und gleichberechtigten Prozess aller Beteiligten gelingen kann. Der Verband legt in seiner Arbeit einen besonderen Fokus auf die Partizipation und den Schutz von sogenannten vulnerablen Gruppen, wie Frauen, Kinder und Jugendliche; ältere, arme und kranke Menschen; Menschen mit Behinderung; Geflüchtete und Migrant_innen; queere Menschen und LGBTIQ*; von Rassismus betroffene Menschen sowie alle strukturell benachteiligten Bevölkerungsgruppen und Minderheiten. Die zentralen Zielgruppen unserer Arbeit sind dabei politische Entscheidungsträger_innen, die interessierte (Fach)-Öffentlichkeit und unsere Mitgliedsorganisationen.

International gültige Menschenrechtsverträge, die Agenda 2030, das Pariser Klimaabkommen, der Addis-Abeba-Aktionsplan, das Sendai-Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015-2030, das UNESCO-Programm BNE 2030 und die Verpflichtungen des humanitären Weltgipfels bieten wichtige Referenzrahmen für unser Handeln. Wir befinden uns jedoch bei kaum einem internationalen Ziel auf dem richtigen Weg. Im Gegenteil – in vielen Bereichen bewegen wir uns sogar in die falsche Richtung. Die Bewältigung der Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Die massiven ökologischen, sozialen und ökonomischen Auswirkungen treffen dabei die Menschen weltweit in unterschiedlichem Maße. Viele Länder des Globalen Südens leiden bereits heute unter den irreversiblen Folgen der vorrangig vom globalen Norden verur-

sachten Erderwärmung. Obwohl insbesondere vulnerable und marginalisierte Gruppen ihre Lebensgrundlagen verlieren, ergreift kaum ein Industrieland ausreichende Maßnahmen, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

Auch deswegen steigt seit 2015 weltweit wieder die Anzahl an Menschen, die chronisch Hunger leiden müssen. Neben den Folgen der Klimakrise sind die Hauptursache für Ernährungskrisen inner- und zwischenstaatliche Konflikte, welche nahezu jeden Bereich von Ernährungssystemen beeinträchtigen. Sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas sehen wir uns mit den verheerenden humanitären und entwicklungspolitischen Folgen bewaffneter Konflikte konfrontiert. Statt auf zivile Maßnahmen zur Krisenprävention und Friedenssicherung zurückzugreifen, entscheiden sich zunehmend mehr Akteur_innen zur gewaltsamen Lösung politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Uneinigkeiten. Durch Kriege und klimabedingte Katastrophen erreichen auch die Zahlen gewaltsam vertriebener und auf humanitäre Hilfe angewiesener Menschen neue Höchstwerte.

Die zunehmende ökonomische und soziale Ungleichheit ist eine entscheidende strukturelle Ursache von Konflikten, Armut, Hunger und globalen Gesundheitsrisiken. Die Früchte der Globalisierung werden seit Jahrzehnten immer ungerechter aufgeteilt, sowohl in als auch zwischen Staaten. Infolge der aktuellen Krisensituation steigt erstmals seit 1998 wieder die Anzahl an Menschen in extremer Armut. Dies trifft insbesondere Mädchen und Frauen, die oftmals als Erste den Zugang zu gesunder Ernährung, Schulbildung und altersgerechten Gesundheitsdienstleistungen verlieren und gleichzeitig den Großteil der unbezahlten Care Arbeit stemmen. Doch auch die tiefgreifenden strukturellen Ungleichheiten zulasten anderer marginalisierter Gruppen wurden durch die Corona-Pandemie wie unter einem Brennglas sichtbar gemacht und weiter verstärkt.

Parallel zu diesen Entwicklungen gerät die Demokratie weltweit zunehmend unter Druck. In vielen Staaten werden durch administrative Hürden, Einschüchterung und Kriminalisierung zivilgesellschaftliche Handlungsräume eingeschränkt. Vor allem Menschenrechtsverteidiger_innen und Umweltaktivist_innen riskieren für ihr dringend benötigtes Engagement zunehmend ihre Freiheit oder sogar ihr Leben.

Die krisengeplagte Gegenwart zeugt von der Dringlichkeit eines systemischen Wandels in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unsere Vision bleibt eine gerechte, friedliche und sowohl wirtschaftlich, ökologisch als auch sozial nachhaltige Welt ohne Armut, Hunger und vermeidbare Krankheiten. In dieser gestalten Entscheidungsträger_innen in Deutschland und Europa nationale und internationale Veränderungsprozesse so, dass sie konsequent am Leitbild einer global gerechten, sozial-ökologischen Transformation ausgerichtet sind. Als Akteur_innen und Akteure der Zivilgesellschaft verfügen wir in einer solchen Welt über ausreichend Handlungsspielräume, um einflussreiche und treibende Kräfte zu sein.

Um einen Beitrag zur Realisierung dieser Vision zu leisten, hat VENRO die vorliegende Strategie für die Jahre 2023 bis 2028 verabschiedet. Der Verband setzt sich darin sieben strategische Oberziele, die den Rahmen für die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte bilden. Diese werden gleichberechtigt verfolgt, die festgelegte Reihenfolge ist daher nicht als Rangordnung zu verstehen. Die Mitgliederversammlung beschließt darüber hinaus jährlich die sogenannten Jahresziele, welche konkrete Zwischenstufen zur Erreichung der strategischen Oberziele beschreiben.

VENRO-OBERZIELE 2023 – 2028

VENRO setzt sich für den Abbau globaler Ungerechtigkeit ein und fördert weltweit eine gendertransformative Teilhabe-gerechtigkeit als Richtschnur allen Handelns.

Der Verband trägt zu einer Politik bei, die soziale, wirtschaftliche und politische Ungleichheit nachhaltig verringert. Dazu gehört der Zugang zu sozialen Grunddiensten wie Bildung, Gesundheit und soziale Sicherungen. Um dies zu erreichen, tritt VENRO für die Überwindung struktureller und individueller Diskriminierung ein und fördert insbesondere Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und die Umsetzung der Menschen- und Kinderrechte. Sowohl im eigenen Verband als auch in Politik und Gesellschaft setzt sich VENRO für eine gerechte Machtverteilung und eine intersektionale, machtkritische und feministische Außen- und Entwicklungspolitik ein. Die entwicklungspolitische Inlandsarbeit und die Teilhabe der Partner_innen im Globalen Süden sind dabei für die Meinungsbildung im Verband und die Mitgestaltung des gesellschaftlichen und politischen Diskurses zentrale Säulen.

VENRO setzt sich dafür ein, zivile Krisen-prävention und den Abbau struktureller Krisenursachen als prioritäre Methoden zur Wahrung von Frieden und Sicherheit in der deutschen und europäischen Politik zu verankern.

Um bestehende Krisen und Konflikte zu transformieren und zukünftige zu vermeiden, setzt sich der Verband für ein ganzheitliches Vorgehen der deutschen und europäischen Außen-, Entwicklungs-, Klima-, Gesundheits-, Agrar-, und Handelspolitik ein,

in welchem menschliche Sicherheit Richtschnur allen Handelns ist. Strukturelle Krisenursachen, wie mangelnde Verteilungs-, Teilhabe- und Klimagerichtigkeit, müssen dazu politisch überwunden werden. VENRO fördert gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen den Ausbau von Kapazitäten der Konflikttransformation und Friedensförderung.

VENRO setzt sich für präventive und reaktive humanitäre Hilfe nach modernsten Standards für Betroffene von bewaffneten Konflikten, Klima- und Umweltkatastrophen sowie politischen und wirtschaftlichen Krisen ein.

Der Verband tritt gegenüber politischen Entscheidungsträger_innen für eine prinzipienorientierte und gendertransformative humanitäre Hilfe unter strikter Achtung des humanitären Völkerrechts und international vereinbarter Reformprozesse ein. Dazu zählen sichere und zugängliche Räume für Geflüchtete und humanitäre Akteure, die Stärkung lokaler Strukturen sowie der uneingeschränkte Schutz der Zivilbevölkerung, mit einem besonderen Fokus auf vulnerable Personengruppen. VENRO erarbeitet gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen unter Berücksichtigung des Do-No-Harm-Ansatzes wirksame Antworten auf neue humanitäre Herausforderungen.

VENRO setzt sich dafür ein, das Bewusstsein für globale Zusammenhänge im Inland zu stärken und die entwicklungs-politische Inlandsarbeit als zentrale Aufgabe der nachhaltigen Zukunfts-gestaltung zu verankern.

Eine global gerechte sozial-ökologische Transformation kann nicht ohne Veränderungen im Globalen Norden geschehen. Einen Schlüsselfaktor für die Vermittlung von Fach- und Gestaltungskompetenzen zur Umsetzung einer solchen Transformation stellen die Bildung für nachhaltige Entwicklung und das Globale Lernen dar. VENRO setzt sich gegenüber Politik und Verwaltung für eine ganzheitliche Stärkung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit ein. Der Verband unterstützt zivilgesellschaftliche Akteur_innen darin, in Gesellschaft und Politik das Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu fördern, für globale Machthierarchien zu sensibilisieren sowie Handlungs- und Engagementmöglichkeiten aufzuzeigen. Instrumente für eine qualitative, wirksame, machtkritische und diversitätsorientierte Inlandsarbeit werden weiterentwickelt.

VENRO setzt sich dafür ein, dass entwicklungs-politische und humanitäre zivilgesellschaftliche Organisationen gestärkt werden, ihre Anliegen ohne Beschränkungen verfolgen und ihre Ziele erreichen können.

Angesichts der zunehmenden Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsräume ist es ein Anliegen von VENRO, zivilgesellschaftliche Akteur_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen weltweit zu schützen und zu stärken. Der Verband setzt sich in Deutschland und in internationalen Netzwerken dafür ein, dass entwicklungs-politische und humanitäre zivilgesellschaftliche Organisationen als wirkungsvolle und unverzichtbare Akteure an der Praxis der Humanitären Hilfe, der Durchsetzung von Menschenrechten, der Gestaltung einer gerechten

Transformation und der Bildung für nachhaltige Entwicklung ohne Einschränkungen teilhaben.

Der Verband tritt für die Stärkung entwicklungs-politischer und humanitärer zivilgesellschaftlicher Organisationen ein, damit diese im In- und Ausland bestmöglich ihre angestrebten Wirkungen erzielen können. Insbesondere gegenüber Politik und Verwaltung in Deutschland wirkt VENRO darauf hin, dass dafür förderliche politische, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen vorliegen. Der Verband leistet auch einen Beitrag dazu, das Ansehen entwicklungs-politischer und humanitärer zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Öffentlichkeit zu stärken.

VENRO setzt sich dafür ein, Rassismus und kolonial geprägte Machtverhältnisse durch ein postkoloniales Verständnis in der entwicklungs-politischen und huma-nitären Arbeit zu überwinden.

Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sind historisch von Kolonialismus und Rassismus geprägt. VENRO fördert eine machtkritische Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus, Kolonialismus und dem traditionellen Entwicklungsbegriff. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Stärkung der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Der Verband verstärkt den Diskurs zum Post-Kolonialismus gemeinsam mit Partner_innen aus dem Globalen Süden und trägt damit zu einer De-Kolonialisierung der globalen Zusammenarbeit von NRO bei. VENRO entwickelt Maßnahmen zur Überwindung struktu-reller Ungleichheiten, fördert Diversität im Verband und setzt sich gegenüber staatlichen Akteuren dafür ein.

VENRO setzt sich dafür ein, dass der Klimakrise effektiv entgegengewirkt und globale Klimagerechtigkeit hergestellt wird.

Um die verheerenden Folgen der Erderwärmung abzumildern, wirkt VENRO auf ein politisches Handeln hin, das die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens gewährleistet. Der Verband wirbt gegenüber politischen Entscheidungsträger_innen für einen menschenrechtsbasierten Klimaschutz und die konsequente Umsetzung einer 1,5-Grad-Politik. VENRO tritt für gezielte internationale Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen, eine ausreichende Klimafinanzierung sowie für Entschädigungen für Verluste und Schäden ein, unter besonderer Berücksichtigung vulnerabler Gruppen. Im Austausch mit den Partner_innen des Globalen Südens fordert der Verband neue Wege für nachhaltige Wirtschafts-, Infrastruktur- und Sozialentwicklungsprozesse im Sinne einer klimaverträglichen global nachhaltigen Transformation und strebt Klimaverträglichkeit auch im Verband an.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e V

Stresemannstraße 72
10963 Berlin

Tel: 030/2 63 92 99-10
E-Mail: sekretariat@venro.org

Berlin, Dezember 2022